

A 1

Antragsteller: Juso-Bezirksvorstand

Weiterleitung an: SPD-Landesparteitag, Juso-Landeskonferenz, SPD-Landtagsfraktion, Juso-Bundeskongress, SPD-Bundestagsfraktion

Die Integration als eine der Zukunftsaufgaben in unserem Land begreifen und endlich angehen!

Unser Selbstverständnis von Integration

Deutschland ist ein klassisches Einwanderungsland mit knapp 7 Millionen ausländischen Menschen. Gerade in den 60er Jahren gab es eine große Einwanderungswelle in die Bundesrepublik. Eine große Zahl der Einwanderer ist in unserem Land heimisch geworden und nahm ebenfalls die deutsche Staatsbürgerschaft an. Für diese Menschen kamen im Laufe der Zeit verschiedene Begriffe im Umlauf, dabei sollten wir jedoch in Zukunft auf die Bezeichnung „Neue Inländer“ großen Wert legen. Durch diese Bezeichnung wird nämlich auch deutlich, dass diese Menschen zu uns gehören und gleichzeitig eine Erneuerung darstellen.

Die Neuen Inländer erhielten auch Nachkommen, die in unserem Land nun leben. Diese zweite und dritte Generation besitzt jedoch keinen eigenen Migrationshintergrund und ist demzufolge auch mit herkömmlichen Migranten nicht zu vergleichen. Bei der Diskussion über die zweite und dritte Generation sollten wir die Bezeichnung „Kinder mit Migrationsherkunft“ verwenden.

Multi-kulturell statt Leitkultur

Die global anstehenden Probleme und Gestaltungsaufgaben setzen Menschen aus unterschiedlichen Kulturen, mit unterschiedlichen Sichtweisen und Problemansätzen voraus.

Wir brauchen multi-kulturelle Ansätze und Vorgehensweisen. Dabei sind die Stärken und Besonderheiten verschiedener Kulturen zu beachten, zu schätzen und zu nutzen. Wir setzen uns für die Verbundenheit von Kulturen und Nationen ein und unterscheiden uns damit auch vom konservativen Ansatz der „Leitkultur“. Integration bedeutet keine uneingeschränkte Anpassung an bestehende Umstände, sondern die Erneuerung der bestehenden Verhältnisse durch den Einfluss von außen.

Integration ist ein zweiseitiger Prozess

Um Integration bewältigen zu können, sind zwei Seiten von Bedeutung. Es müssen einerseits Chancen zur Teilhabe in allen Lebensbereichen gewährt, aber auch wahrgenommen werden.

Die Schaffung von Angeboten zur Integration wurde bisher zu sehr vernachlässigt. Statt konkrete Umsetzungen, blieb es oftmals bei Lippenbekenntnissen. Gleichzeitig müssen Neue Inländer feststellen, dass Deutschland auch ihre Heimat ist und an einer aktiven Teilhabe interessiert sein. Das Grundgesetz der Bundesrepublik ist für jeden hier lebenden Menschen in unserem Land zu akzeptieren. Eine Ablehnung der

höchsten Normen, welche unsere Gesellschaft zusammenhalten, ist nicht hinzunehmen.

Den Abschluss einer erfolgreichen Integration findet sich nicht allein durch die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft. Das unter der rot-grünen Bundesregierung reformierte Recht der Staatsbürgerschaft sehen wir als richtig an.

Forderungen:

Bausteine einer erfolgreichen Integration

Wenn uns Integration tatsächlich wichtig ist, müssen wir ebenfalls die Kernfrage beantworten: Stellen wir hierfür finanzielle Mittel zur Verfügung?

Neben einem notwendigen Umdenken und der Offenheit für Neuerungen steht und fällt an dieser Frage der Integrationserfolg.

Integration erfolgt vor Ort in den Städten und Gemeinden

1. In Kommunen und Landkreisen werden Integrationskoordinationstellen geschaffen. Diese sollen dabei auch „lokale Netzwerke für Integration“ initiieren.
2. Die Vermeidung von sozialen Brennpunkten muss eine Kernaufgabe der kommunalen Wohnungsbaupolitik sein. Ethnisch getrennte Wohnblocks wie von Vertretern der Wohnungsgesellschaft Nassauischen Heimstätte gefordert lehnen wir strikt ab! Beim Bau und bei der Vergabe im Sozialen Wohnungsbau sollte auf multiethnische Durchmischung der Mieterschaft geachtet werden. Die Vergabe richtet sich in Zukunft alleinig an der Bedürftigkeit und nicht an der Staatsangehörigkeit.
3. Entsprechende Stellen wie die Vereine im 1. Punkt sind als Integrationshilfen zu schaffen. Ein Quartiermanagement soll dabei Anlaufstelle für ansässige Bürger sein und sich für die Weiterentwicklung des Stadtviertels einzusetzen. Dabei ergänzt dieses Angebot die Arbeit von Integrationskoordinationsstellen und hat den unmittelbaren Auftrag, sich um ein abgegrenztes Stadtviertel einzusetzen. Die Integrationsförderung junger Menschen mit Migrationshintergrund ist über bestehende Vereine und Einrichtungen sicher zustellen und zu fördern. Die Gründung solcher Vereine ist ebenfalls zu unterstützen und fördern.

Sprache ist der Schlüssel für Integration

4. Die Einführung von Sprachförderung in den Kindertagesstätten ist umzusetzen. Wir wollen, den Besuch von Kindertagesstätten kostenlos und verpflichtend machen, denn gerade sozial benachteiligte Kinder (häufig solche von Eltern mit Migrationshintergrund) besuchen keine Kindergärten. Fehlt der Kindergartenbesuch, können alle dortigen Maßnahmen auch nicht greifen.
5. Die Lehrer- und Erzieherbildung muss an die Notwendigkeit der Integration angepasst werden. Die Ausbildung muss mehr integrative Bestandteile beinhalten, das Verständnis für eine multi-kulturelle Gesellschaft fördern. Lehrer werden darüber hinaus dazu angewiesen, sich umgehend um Förderungsmaßnahmen zu bemühen, sobald sie schulische Konflikte bei Schülern bemerken, die auf Sprachprobleme beruhen.

6. Die Kindertagestätte als Schnittstelle der Beziehung zwischen Familien und der deutschen Gesellschaft muss genutzt werden, um weitere Integrationsmaßnahmen durchzuführen. Dabei sind besonders die Eltern über Projekte und Initiativen anzusprechen. Das von Essen erfolgreich kopierte Rotterdamer Projekt „Stadtteilmütter“ sollte flächendeckend umgesetzt werden. Hier bereiten sich Mütter und hoffentlich auch Väter auf die anstehenden Module (beispielsweise ‚Wir lernen die Uhr, Farben, Tiere etc.‘) vor, damit sie diese mit ihren Kindern in ihrer Muttersprache üben können, während dies in den Kindergärten auf deutsch spielerisch gelernt wird. Gleichzeitig werden Eltern zwangsläufig mit anderen Eltern vernetzt.“
7. Im Gegensatz zur heutigen Situation sind die Kosten für Sprachförderung anteilig von Bund, Länder und Kommunen zu übernehmen.

Potenziale nutzen – Herkunft bewahren

8. Das Angebot der Erlernung der Muttersprache in Wort und Schrift ist je nach Bedarf in den Schulen anzubieten. Dabei soll das Angebot der Muttersprache auf freiwilliger Basis erfolgen. Die Erlernung der Muttersprache sollte jedoch auf gleicher Stufe wie die weitere Fremdsprache (zweite Fremdsprache) stehen. Muttersprachlicher Unterricht als Pflichtveranstaltung ist einzuführen.
9. Die Einführung von rein muttersprachlichen Schulen wie der türkische Ministerpräsident Erdogan forderte lehnen wir ab. Da dies die Integration sowohl in der Sprache als auch in der Gesellschaft mehr verhindert als unterstützt.
10. Wir lehnen die Forderung der Islamkonferenz nach der Einführung des Faches „islamische Religion“ als ordentliches Unterrichtsfach ab. Wir fordern an der Stelle dessen die Einführung eine überkonfessionelle Ethik- und Werteunterricht nach Berliner Vorbild als verpflichtendes Unterrichtsfach. Des Weiteren fordern wir die Möglichkeit der Teilnahme an privatem und religiösem Ersatzunterricht anstelle des ordentlichen schulischen Unterrichts aus dem hessischen Schulgesetz zu streichen. Der Unterricht ist ausschließlich auf deutscher Sprache zu halten.
11. Die Möglichkeit zur islamischen Bestattung sowie die Unterstützung zur Ausübung ihre Religion für die sich die Islamkonferenz ausgesprochen hat findet unsere Zustimmung. Auf deutsches Recht sind die Rituale anzupassen. Sakralbauten, egal ob christliche Kirche, jüdische Synagoge oder islamische Moschee gehören ins kulturelle Zentrum des Ortes und nicht in die Gewerbegebiete. Sperrvermerke in den Flächennutzungsplänen sind aufzuheben. Historisch gewachsene Stadtkerne und Symbole, die auch oft christliche Kirchen sind, dürfen nicht mit sakralen Neubauten überhöht werden.

Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bieten

12. Die Schule muss ausreichend auf den Arbeitsmarkt vorbereiten. Die konsequente Umsetzung des Haus der Bildung sehen wir als unausweichlich an.
13. Allen ohne Schulabschluss abgegangenen Schülern sind neue Angebote für die Erlangung eines Schulabschlusses anzubieten. Dabei ist die deutsche Wirtschaft ebenfalls dazu aufgerufen ihren Anteil zu leisten um eine Integration durch Arbeit und Ausbildungsplätze zu erreichen.

Notwendige Fachkräfte in das Land holen – Kluge Köpfe behalten

14. Unter der Voraussetzung einer deutlich höheren Ausbildungsquote, welche über Jahre hinweg für die Steigerung der Lehrstellenanzahl sorgte, ist eine Herabsenkung der Verdienstgrenzen für qualifizierte Zuwanderer vorzunehmen. Gleichzeitig ist zu verhindern, dass aufgrund dieser Herabsenkung ein Lohndumping auf Kosten hier lebender Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stattfindet.
15. Im Ausland erworbene Qualifikationen und Ausbildungen sind in Deutschland anzuerkennen.
16. Die klugen Köpfe sind stärker einzubinden, weiterhin sind ausreichend Perspektiven für ihre persönliche Lebensplanung zu bieten. Dabei hat jeder, der in Deutschland eine abgeschlossene Hochschulausbildung getätigt hat eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten. Diese gilt auch für seinen engsten Familienkreis. Der Zugang zur deutschen Staatsbürgerschaft ist ebenfalls unter erleichternden Bedingungen zu gewähren. Alle in Deutschland ausgebildeten Fachkräfte einzubeziehen.

Vorurteile beseitigen – Benachteiligungen und Fremdenhass verhindern

17. Die politischen Einflussmöglichkeiten auf die bestehenden Massenmedien ist zu nutzen, um sich für ein differenziertes Ausländerbild einzusetzen. Die Pressefreiheit ist weiterhin zu bewahren. Die Massenmedien sollten jedoch an ihre Verantwortung erinnert werden und die Beseitigung von Vorurteilen verfolgen. Dazu soll auf die überdeutliche Hervorhebung der Herkunft bei z.B. Straftaten, bei denen die Herkunft keine Rolle spielt, verzichtet werden, da dieses ein falsches Bild von Migranten und Migrantinnen vermittelt.
18. In einer von uns gewünschten multikulturellen Gesellschaft hat eine Benachteiligung aufgrund eines Migrationshintergrunds nichts zu suchen. Die konsequente Umsetzung des Anti-Diskriminierungsgesetzes ist deshalb zu befolgen. Dabei ist vor allem stärker auf die gesetzlichen Möglichkeiten hinzuweisen, sodass benachteiligte Menschen über ihre Rechte ausreichend informiert sind und sich zu wehr setzen können.
19. Die frühe Begegnung zwischen Kindern mit und ohne eine Migrationsherkunft ist anzustreben. Vor allem in der Freizeit sollte die Möglichkeit bestehen gemeinsam Zeit verbringen zu können. Dabei sind öffentliche Angebote im Rahmen der Kinder- und Jugendpflege zu bestehen sowie Vereinsangebote zu fördern.
20. Um einen verstärkten interkulturellen Austausch in Vereinen zu schaffen, ist die Förderung von Vereinsarbeit auszuweiten. Dabei gilt es insbesondere die Vereinsförderung auch unter dem Aspekt der Integration zu betrachten und auf solche Angebote besonders einzugehen.
21. Dem noch immer bestehenden Alltagsrassismus ist zu begegnen. Die Gesellschaft muss durch eine Kampagne gegen diesen sensibilisiert werden.

Dialog mit der Polizei schaffen

22. Ein besserer Dialog zwischen Polizei und vor allem Jugendlichen mit einer Migrationsherkunft ist zu ermöglichen. Es sind neue Planstellen bei der Polizei zu schaffen, die vorwiegend für solche Dialoge zuständig sind. Gleichzeitig ist vermehrt auf Präventionsprojekte Wert zu legen, um auch vorbeugend Maßnahmen ergreifen zu können.

23. Im Rahmen der Polizeiausbildung ist auf die Erlernung von interkultureller Kompetenz mehr Wert zu legen. Insgesamt ist ein besserer Dialog auch in die Arbeit von Streetworkern und Sozialpädagogen einzubetten.

Politische Beteiligung ermöglichen

24. Das kommunale Wahlrecht für alle hier lebenden Menschen ist einzuführen.
25. Den Ausländerbeiräten sind mehr Rechte einzuräumen. Insbesondere Rede- und Antragsrecht in den kommunalen Gremien müssen gesetzliche Grundlage werden. Mittelfristig wird das Ziel verfolgt die vollkommene Gleichheit im Rahmen der politischen Beteiligung zu erreichen und somit die Ausländerbeiräte überflüssig machen zu können.

Die Rolle der Frau stärken – Zwangsheirat verhindern

26. Eine Pflicht zum Sprachnachweis des Ehepartners sehen wir als richtig an. Dies sollte dabei jedoch ausnahmslos geschehen. Eine Ungleichbehandlung aufgrund der Staatsangehörigkeit ist nichts anderes als diskriminierend und gehört abgeschafft.
27. Wir fordern mehr Maßnahmen zum Schutz vor Zwangsheirat. Vor allem Beratungsangebote für solche Frauen sowie ein verlängertes Rückkehrrecht für Betroffene der Zwangsheirat sind dringend einzuführen.

Für ein modernes Asyl- und Flüchtlingsrecht auf europäischer Ebene

28. Wir wollen auf bundesdeutscher und europäischer Ebene ein humanes Flüchtlingsrecht durchsetzen. Menschen, die aus Not nach Deutschland fliehen, sollen bei uns willkommen sein und bleiben dürfen, solange sie von Not in ihrem Herkunftsland bedroht sind. Es ist für uns eine öffentliche Aufgabe ihnen Hilfe und Unterstützung zu leisten. Dabei ist es unerheblich, ob die Flucht durch politische, geschlechterspezifische, religiöse oder wirtschaftliche Gründe oder durch Bürgerkrieg herrührt. Die grundgesetzlich festgeschriebene Drittstaatenregelung lehnen wir als zutiefst inhuman ab. Spezielle rechtliche Einschränkungen für Flüchtlinge, beispielsweise die Residenzpflicht oder die Vergabe von Sach- statt Geldleistungen, muss aufgegeben werden. Wer in Deutschland leben will, muss auch das Recht bekommen, eine Arbeit zu tariflichen Bedingungen aufzunehmen. Eine europäische Regelung des Flüchtlingsrechts ist sinnvoll, darf aber nicht zu einer Festung Europa führen, die MigrantInnen an den Außengrenzen der Union abweist, und sich dabei nicht scheut, das Leben der Flüchtlinge aufs Spiel zu setzen. Wir wollen nicht mehr wegsehen und setzen uns dafür ein, die unmenschlichen Bedingungen an den Außengrenzen der EU, in Ceuta und Melilla umgehend zu beenden. Auch unter den gegenwärtigen gesetzlichen Regelungen muss der Schutz des Lebens vor der Verhinderung von Zuwanderung stehen.“

KEIN MENSCH IST ILLEGAL!

29. Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus werden nicht nur in ihren Rechten beschnitten, sie werden in sklavenähnliche Lebensumstände

getrieben. Wir wollen diesen zutiefst unmenschlichen Zustand ändern. Darum fordern wir:

- Eine Amnestieregung nach französischem und spanischem Vorbild: Wer eine gewisse Zeit in Deutschland lebt, muss eine unbefristete Aufenthaltsbefugnis bekommen.
- Den Verzicht auf Abschiebungen und damit die Schließung aller Abschiebeknäste [Dieser Punkt wird vom Antragssteller nicht übernommen und von den Delegierten mit 50 Ja-, 43 Neinstimmen und 3 Enthaltungen angenommen.]
- Die Schulpflicht muss für alle gelten, darum darf es keine Meldepflicht von Schulen und keine Abschiebungen aus der Schule geben. Die Praxis der Regierung Koch, Schulleitungen unter Druck zu setzen, um Menschen ohne Aufenthaltsstatus aufzuspüren muss sofort beendet werden.
- Wer seine Rechte vertreten will, beispielsweise vorbehaltenen Lohn einklagt, oder gegen Mietwucher vorgeht, darf nicht durch drohende Abschiebung davon abgehalten werden.
- Das Recht auf körperliche Unversehrtheit ist universell. Darum darf niemand durch drohende Abschiebung von gesundheitlicher Versorgung ausgeschlossen werden. Insbesondere muss gesetzlich geregelt werden, dass medizinisches (und notwendiges) Verwaltungspersonal, die kranken Menschen ohne Aufenthaltsberechtigung helfen, nicht mehr kriminalisiert werden, wenn sie ihre Patient/innen nicht den Behörden melden. Die ärztliche Schweigepflicht muss auch in Bezug auf Menschen ohne Aufenthaltsberechtigung gelten.“

Begründung:

*„Wir wollten Arbeitskräfte, aber es kamen Menschen.“
(Max Frisch, Schweizer Schriftsteller)*

Nach einer Studie des British Council integriert Deutschland seine Zuwanderer nur mäßig. Lediglich Platz 14 von insgesamt 28 belegt dabei die Bundesrepublik. Vor allem beim Zugang für Zuwanderer zum Arbeitsmarkt schneidet Deutschland schlecht ab.

Auch nimmt die Diskriminierung im Alltag heute noch einen großen Stellenwert ein. Bereits die 15. Shell Jugendstudie belegte, dass im Bereich Antidiskriminierung noch viel Nachholbedarf besteht. Gerade junge Menschen mit einer Migrationsherkunft erfahren zunehmend eine Benachteiligung aufgrund ihrer Nationalität. Das Gefühl diskriminiert zu werden – egal ob in der Schule, bei der Jobsuche oder am Arbeitsplatz – ist somit ein Bestandteil im Alltag von Jugendlichen mit einer Migrationsherkunft. Dies ist eine weitere Tatsache, die dazu führt, dass das Vertrauen in die Gesellschaft und den Staat zurückgeht und der Ausweg in eine Parallelgesellschaft eröffnet wird.

Vor allem der Landtagswahlkampf in Hessen hat deutlich gemacht, dass immer wieder auf Kosten ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürgern Stimmung gemacht wird. Integration darf nicht mehr als Wahlkampfpropaganda dienen, sondern muss endlich ernst genommen werden. Die politische Bereitschaft für Handlungen ist gefragt und nicht Ausnutzung für populistische Zwecke!

Integration bringt uns Vorteile – wir müssen die Integration aber auch erfolgreich angehen

Nach einer amerikanischen Studie (Rethinking the Effects of Immigration on Wages) aus dem Jahr 2006 zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Immigration und Wohlstand von Einheimischen. Die Studie stellte heraus, je höher die Zuwanderung sei, desto größer ist der Wohlstand aller. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass die im Ausland geborenen Arbeitnehmer die Fähigkeiten und Kenntnisse der Einheimischen ergänzen und somit die Fähigkeit zur Problemlösung und die Effektivität am Arbeitsplatz erhöht wird.

Entscheidend für einen solchen Erfolg ist jedoch die Einbindung der Menschen in die Gesellschaft und vor allem in den Arbeitsmarkt. Schließlich bedeutet ein hoher Migrationsanteil nicht automatisch einen wirtschaftlichen Boom, dies zeigen vor allem Gebiete wie Berlin-Neukölln oder das Spessartviertel in Dietzenbach, die einen hohen Migrationsanteil besitzen und gleichzeitig eine schwache wirtschaftliche Entwicklung vorzuweisen haben.

Integration erfolgt vor Ort in den Städten und Gemeinden

Die Integrationskoordinationstellen sollen Kompetenz übergreifend organisiert sein und verwaltungsintern die Zukunftsaufgabe Integration stärken. Ziel ist es Kontakte und Kooperationen zu Vereinen, Organisationen und Communitys zu halten und somit „lokale Netzwerke für Integration“ entstehen zu lassen. Dadurch soll die Frage der Integration auch weiter in die gesamtgesellschaftliche Verantwortung gelegt werden. Gleichzeitig sollen sie als Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger dienen. Auch sind geeignete Maßnahmen zur Integration durch die Integrationskoordinationstellen vorzubereiten und durchzuführen.

Die Kosten für diese Verwaltungsstellen sind größtenteils von Bund und Ländern zu finanzieren. Die Kommunen und Landkreise sollten nur eine geringe finanzielle Beteiligung leisten, wie etwa z. B. durch die Bereitstellung der nötigen Räumlichkeiten.

Eine gute Durchmischung von Kulturen und Nationen in Stadtteilen und Straßenblöcken entstehen zu lassen muss Aufgabe einer nachhaltigen Wohnungsbaupolitik sein. Das Ziel muss dabei ein friedliches Zusammenleben unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen und keine Spaltung der Gesellschaft sein.

In Stadtvierteln mit geringem Durchschnittseinkommen, hoher Arbeitslosigkeit und schlechter Bausubstanz ist oftmals auch ein hoher Migrationsanteil zu verzeichnen. Ein Quartiermanagement soll dabei Anlaufstelle für ansässige Bürger sein und sich für die Weiterentwicklung des Stadtviertels einsetzen. Dabei ergänzt dieses Angebot die Arbeit von Integrationskoordinationstellen und hat den unmittelbaren Auftrag sich um ein abgegrenztes Stadtviertel einzusetzen.

Sprache ist der Schlüssel für Integration

Verantwortlich für schlechte schulische und gesellschaftliche Integration sind vor allem Sprachbarrieren. Oftmals werden aufgrund dieses Umstandes Kinder und Jugendliche früh im Bildungssystem in Gewinner und Verlierer geteilt. Ohne ausreichend

Sprachkenntnisse in Wort und Schrift ist eine erfolgreiche Integration nicht möglich und damit sind Probleme aufgrund einer Desintegration vorprogrammiert.

Im Gegensatz zur heutigen Situation sind die Kosten für Sprachförderung anteilig von Bund, Länder und Kommunen zu übernehmen.

Zunehmend wird festgestellt, dass bei Familiennachzug nach Deutschland der Ehepartner über geringe Sprachkenntnisse verfügt und der Spracherwerb nicht nachgegangen wird. Dies hat zur Folge, dass die Kindertagesstätte auch zunehmend eine Schnittstelle der Beziehung zwischen Familien und der deutschen Gesellschaft wird. Oft bleibt es der einzige Beziehungspunkt an dem überhaupt integrativer Einfluss genommen werden kann. Die Kindertagesstätten kommen somit über den eigentlichen Erziehungsauftrag hinaus und haben eine zusätzliche familien- und gesellschaftliche Bedeutung erhalten.

Potenziale der Muttersprache nutzen – Herkunft bewahren

Viele Kinder mit einem Migrationshintergrund wachsen zweisprachig auf. Einerseits erlernen sie die Muttersprache und andererseits die deutsche Sprache. Das eine sollte, dass andere aber nicht ausschließen. Auf die sichere Erlernung der deutschen Sprache sollte weiterhin großen Wert darauf gelegt werden, gleichzeitig darf die Muttersprache aber nicht vernachlässigt werden.

Das hat nämlich zur Folge, dass das Potenzial die die Muttersprache mitbringt unter den Tisch fällt. Durch die Erlernung der Muttersprache würden sich Kinder und Jugendliche auch stärker mit ihrer Herkunft auseinandersetzen, was ebenfalls wünschenswert ist.

Reine muttersprachliche Schulen sind abzulehnen, da diese kein gemeinsames Miteinander fördern, sondern vielmehr ein Beleg für die Trennung von Kulturen und Nationen sind.

Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt bieten

Rund ein Viertel aller Schüler mit einer Migrationsherkunft verlassen jährlich die Schule ohne Abschluss. Praktisch ausbildungsunfähig haben sie auf dem deutschen Ausbildungsmarkt auch keine Chance auf eine Lehrstelle. Aufgrund einer solch miserablen Zukunftsaussicht steigt die Gefahr für einen Weg auf die schiefe Bahn. Diesen jungen Menschen eine Perspektive zu bieten muss deshalb nachgegangen werden.

Notwendige Fachkräfte in das Land holen – Kluge Köpfe behalten

Die Beispiele aus der Vergangenheit in Bezug auf IT-Experten aus Indien machen deutlich, dass wir auch auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen sind. Nach den bisherigen gesetzlichen Bedingungen sind die Hürden für qualifizierte Zuwanderer jedoch sehr hoch. Erst ab einer Verdienstgrenze von 85.000 Euro pro Jahr wird die Zuwanderung erst ermöglicht. Diese Verdienstgrenzen sind nach Ansicht der deutschen Wirtschaft heute zu hoch gegriffen. Als Mindestgrenzen wird dabei ein jährlicher Verdienst von 40.000 Euro gefordert. Eine Senkung dieser Mindestgrenzen ist jedoch nur vorzunehmen, wenn die heimische Wirtschaft gleichzeitig langanhaltend ausreichend Ausbildungsplätze anbietet. An diesem Punkt sollte diese Frage letztlich gekoppelt werden.

Jedes Semester beginnen Tausende ausländische Studenten das Studium an deutsche Hochschulen. Die Vielzahl von diesen Studenten verlässt jedoch unmittelbar nach Abschluss ihres Studiums unser Land. Dies hängt sowohl an der persönlichen Lebensplanung der Menschen, als auch an den bestehenden Zuwanderungsbedingungen. Diese Menschen sind besser an den Standort Deutschland zu binden. Die Maßnahmen müssen dabei bereits in der Studienzeit eingeleitet werden. Unserer Verantwortung gegenüber unserer Wirtschaft müssen wir gerecht werden und in Zukunft nicht vorwiegend für das Ausland ausbilden!

Vorurteile beseitigen – Benachteiligungen und Fremdenhass verhindern

Das Ausländerbild wird oftmals vorschnell mit einem Islambild gleichgesetzt. Gleichzeitig wird das Islambild größtenteils durch Massenmedien, anstatt direkten und persönlichen Kontakten geprägt. In der Vergangenheit war eine Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien im Bezug auf den Islam vor allem mit Ängsten in Verbindung. Nicht das alltägliche Bild wurde gezeigt, sondern Einzelfälle und Besonderheiten. Dieses Ausblenden von Normalfällen und der Hang zum „Skandaljournalismus“ prägte zu einem teilweise sehr einseitigen Islam- bzw. Ausländerbild bei.

Die Benachteiligung im Alltag für Menschen mit einer Migrationsherkunft ist noch immer ein ernst zunehmender Aspekt in unserer Gesellschaft. Vor allem die 15. Shell-Jugendstudie belegte dies eindrucksvoll. Diese besagt dabei, dass der Anteil der Ausländer die wegen ihrer Nationalität Benachteiligungen erfahren, von 58 auf 63 Prozent gestiegen ist.

Durch einen zunehmenden Kontakt mit verschiedenen Kulturen und Nationen wird bereits frühzeitig ein Fremdenangst vermieden, welche dann später auch nicht in Fremdenhass überschlagen kann. Auch das aufeinander Zugehen im Erwachsenenalter ist auszuweiten. Gerade im Vereinsleben bieten sich hier viele Möglichkeiten an.

Der Erfolg einer multikulturellen Gesellschaft hängt maßgebend an der Toleranz unserer Gesellschaft ab. Um eine tolerantere Gesellschaft zu erreichen, ist auch ein aktiver Kampf gegen den Rassismus zu verfolgen. Durch ein Verbot der NPD würde ebenfalls die staatliche Finanzierung dieser Partei beendet werden. Dies hätte zur Folge, dass bisher betriebene rechte Kampagnen nicht mehr indirekt durch staatliche Seite finanziert werden würden.

Dialog mit der Polizei schaffen

Junge Menschen und die Polizei setzen sich ab und an auch auseinander. Vor allem bei Jugendlichen mit einer Migrationsherkunft sind dabei in der Vergangenheit negative Erfahrungen gemacht worden. Gerade ein aufeinander Zugehen durch die Polizei und eine entsprechende Zielgruppenansprache wird notwendig sein.

Politische Beteiligung ermöglichen

Eine wesentliche Voraussetzung für den Integrationserfolg und den sozialen Frieden in einer Stadtgesellschaft bildet die gleichberechtigte Teilhabe am kommunalen

Geschehen. Die bisher bestehenden Ausländerbeiräte trugen hierzu jedoch bisher nicht bei. Die gesetzliche Ausstattung dieses Gremiums wurde dabei so gering gestaltet, dass von einer politischen Beteiligung von Migranten nicht die Rede sein kann. Es gilt nun endlich aus Sackgasse der politischen Ungleichbehandlung rauszukommen und die gesetzlichen Rechte und Möglichkeiten auszuweiten.

Die Rolle der Frau stärken – Zwangsheirat verhindern

Im Zuge der Neuregelung des Aufenthalts- und Asylrechts standen Familienzusammenführungen und Nachzug von Ehepartner besonders im Blickwinkel. Dabei wurde beschlossen, dass der Nachweis für Sprachkenntnisse beim Ehepartnernachzug nachzuweisen ist. Davon befreit sind jedoch Ehepartner aus zahlreichen Staaten. Diese Ungleichbehandlung muss ein Ende haben.

Für ein modernes Asyl- und Flüchtlingsrecht auf europäischer Ebene

Der ursprüngliche Grundgedanke des deutschen Asylrechts verfolgte den Schutz politisch verfolgter Menschen. Im Zusammenhang der Europäischen Union sind Asyl- und Flüchtlingsprobleme keine nationale Angelegenheit mehr, sondern eine gesamteuropäische, gerade deshalb muss eine Lösung auf dieser Ebene gefunden werden.